

Anfrage

der Abgeordneten Mag^a. Melitta Trunk und GenossInnen

an den Bundesminister für Landesverteidigung

betreffend Erhaltung des Militärkommandos Kärnten

Die Bundesheer-Reformkommission hat am 12. Juni 2004 ihren Endbericht abgestimmt und am 14. Juni öffentlich vorgelegt. Darin werden umfangreiche Strukturänderungen beim Österreichischen Bundesheer angedacht – unter anderem die Wehrpflicht nach dem Ende des Assistenzeinsatzes an der Grenze frühestens jedoch 2007 von acht auf sechs Monate zu verkürzen. Auch die Umwandlung in ein Berufsheer wurde angedacht. Der Heeresumfang soll von einer derzeitigen Mobilisierungsstärke von 110.000 Mann auf ca. 50.000 reduziert werden. Das Budget solle an internationale Standards "angepasst" werden. Nach den Empfehlungen dieses Abschlussberichtes wird das Bundesheer daher mit weniger Personal stärker an internationalen Einsätzen ausgerichtet sein.

Angedachte – wenn auch nicht immer klar ausformulierte – Folgerungen des Berichtes sind aber unter anderem die Schließung von Kasernen und sonstigen Gebäuden des Bundesheeres (die Rede ist von bis zu 40 Kasernenstandorten in ganz Österreich). Daneben steht angeblich auch die Abschaffung der Militärkommandos zur Diskussion. Daher hat die Kärntner Landesregierung bereits am 24. März 2004 EINSTIMMIG eine Resolution zur Erhaltung des Militärkommandos Kärnten beschlossen, denn die Abschaffung des Militärkommandos hätte weitreichende Folgen und würde einen massiven Qualitätsverlust für die Sicherheit der Kärntner Bevölkerung bringen, unter anderem:

- Bei Assistenzleistungen für Katastropheneinsätze wäre die anfordernde Stelle in einem anderen Bundesland beheimatet. Absprache- und Koordinationsprobleme wären die logische Folge.
- Terrorbedrohung: Ein Kommando, das für mehrere Bundesländer zuständig ist, ist bei der Koordination des Krisenmanagements mit den anderen Sicherheitsbehörden klarerweise im Nachteil zu einem regional gut eingebetteten Militärkommando.
- Der Abgleich und die Koordination mit der Landespolitik (im Rahmen des Landeskoordinationsausschusses) bedarf der Erörterung und Entscheidung außerhalb des Bundeslandes.
- Integration und Akzeptanz in der Bevölkerung: Ein Militärkommando aus einem anderen Bundesland kann niemals jene Integration und Akzeptanz bei der örtlichen Bevölkerung erreichen wie das derzeit vor Ort angesiedelte Kommando.
- Schlussendlich gehen so auch ca. 250 Arbeitsplätze in Kärnten verloren.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher folgende

Anfrage

1. Ist eine Auflösung des Militärkommandos Kärnten geplant?
Falls ja: Wann soll diese erfolgen?
2. Ist Ihnen der einstimmige Beschluss der Kärntner Landesregierung vom 24. März 2004 zu dieser Frage bekannt?
3. Wie viele Arbeitsplätze gehen in Kärnten bei einer möglichen Auflösung des Militärkommandos verloren?
4. Wie viele Personen sind derzeit in Kärnten in den Diensten des Bundesheeres? Wie entwickelte sich der Personalstand seit dem Jahr 2000?
5. Wie viele Personen werden nach Umsetzung der Pläne der Reformkommission in Kärnten Dienst tun?
6. Welche Gebäude, Kasernen, Liegenschaften usw. sind derzeit in Kärnten im Besitz des Bundesheeres bzw. werden vom Heer genutzt? (Bitte um detaillierte Angabe)
7. Welche dieser Gebäude, Kasernen, Liegenschaften usw. werden in nächster Zukunft zur Gänze oder teilweise nicht mehr vom Bundesheer genutzt werden? (Bitte um detaillierte Angabe)
8. Welche dieser Gebäude, Kasernen, Liegenschaften usw. werden zum Verkauf angeboten werden?
9. Welche Nutzungskonzepte bestehen für die anderen Gebäude, Kasernen, Liegenschaften usw., die in Zukunft nicht mehr vom Bundesheer genutzt werden?

Frank Melnik
Ch. Putsch

Ulrike Königberger-Ludwig

